AußenwirtschaftsNews – China

03/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Das chinesische Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr nach Regierungsangaben um fünf Prozent gewachsen. Das von der Regierung ausgegebene Ziel von „rund fünf Prozent Wachstum“ konnte demnach punktgenau erreicht werden. Insgesamt weist China ein stabiles Wirtschaftswachstum auf – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau als in den 2000er und 2010er Jahren.
- Für das laufende Jahr 2025 hat Chinas Ministerpräsident Li Qiang vor dem Nationalen Volkskongress Anfang März erneut ein Wirtschaftswachsum von fünf Prozent als Ziel ausgegeben. Dass die chinesische Wirtschaft ihr Wachstumstempo beibehalten kann, gilt unter Beobachtern jedoch als unsicher.
- Treiber des Wachstums waren in der Vergangenheit in der Regel die Bauwirtschaft und die exportorientierte Industrie. Während die Bauwirtschaft schon seit einigen Jahren unter der anhaltenden Immobilienkrise leidet, geraten zunehmend auch die Warenexporte unter Druck. Die Auseinandersetzungen mit der Trump-Administration sowie zusätzliche Zölle beispielsweise auf Elektroautos auch in Europa und Kanada trüben die Exportaussichten deutlich ein.
- Zusätzlich bleibt das Verbrauchervertrauen auch im neuen Jahr auf einem niedrigen Niveau. Die Regierung intensiviert deshalb ihre Bemühungen, die Binnennachfrage anzukurbeln. Ein neuer Sonderaktionsplan umfasst Maßnahmen wie Steuerentlastungen, Wohnungsreformen und Kinderbetreuungszuschüsse. Die Auswirkungen des Sonderaktionsplans bleiben Beobachtern zufolge jedoch ungewiss.
- Als Reaktion auf die wirtschaftlichen Herausforderungen plant die Regierung außerdem, die Subventionen in den Technologiesektor zu steigern. Die Zentralbank hat zusätzlich angedeutet, die Zinsen zu senken, um dem Finanzsystem mehr Liquidität zu verschaffen und Investitionen – unter anderem in Bauten – zu erleichtern.
- Chinesische Tech-Aktien verzeichneten in den vergangenen Wochen starke Wertzuwächse. Der Hang Seng Tech Index stieg seit Mitte Januar um rund 35 Prozent. Die Veröffentlichungen des KI Start-ups Deepseek schüren die Erwartung, dass Chinas Tech-Konzerne im KI-Wettlauf mit den USA Schritt halten könnten.

2 Handels- und Investitionspolitik

– Die US-Administration kategorisiert chinesische Investitionen als systematische Gefahr für die nationale Sicherheit. Mit dem Memorandum America First Investment Policy ordnete US-Präsident Trump am 21. Februar 2025 US-Ministerien und Behörden an, Zugänge für chinesisches Kapital in den USA zu beschränken. Personen, die mit China verbunden sind, sollen daran gehindert werden, in US-Technologie, kritische Infrastruktur, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Energie, Rohstoffe und andere strategische Sektoren zu investieren. US-Personen sollen davon abgehalten werden, in den militärisch-industriellen Sektor der Volksrepublik zu investieren. Es sollen neue oder erweiterte Beschränkungen für US-Auslandsinvestitionen in China beschlossen werden. Dabei geht es vor allem um die Sektoren Halbleiter, künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Hyperschall, Luft- und Raumfahrt, fortschrittliche Fertigung, Energie sowie andere Bereiche, die von der militärisch-zivilen Fusionsstrategie der Volksrepublik betroffen sind.
– Die USA belegten chinesische Importe mit einem weiteren Zusatzzoll von zehn Prozent. Somit ist seit dem 04. März 2025 ein Gesamtzusatzzoll von 20 Prozent bei der Einfuhr chinesischer Waren in die USA fällig.
– China antwortete prompt mit Gegenmaßnahmen. Seit dem 10. März 2025 erhebt China Zusatzzölle auf verschiedene US-Agrarprodukte. Auf Hühnerfleisch, Weizen, Mais und Baumwolle wird ein Zusatzzoll von 15 Prozent erhoben. Ein Zusatzzoll von zehn Prozent gilt für Sorghum, Sojabohnen, Schweine- und Rindfleisch, Fischerei- und Milcherzeugnisse, Obst sowie Gemüse. Zudem setzte das chinesische Handelsministerium zehn US-Unternehmen auf eine Liste unzuverlässiger Unternehmen, hauptsächlich aus dem Verteidigungssektor, womit ihnen Einschränkungen oder vollständige Verbote für Geschäftsaktivitäten in China drohen. Für 15 US-Unternehmen gelten strengere Exportkontrollvorschriften.
– China hat Zusatzzölle auf kanadische Agrarprodukte angekündigt. Diese Maßnahme ist eine Reaktion auf die Zölle, die Kanada im Oktober 2024 auf Elektrofahrzeuge sowie Stahl- und Aluminiumprodukte aus China eingeführt hatte. Mit den Zöllen wollte Kanada der chinesischen Subventionspolitik entgegenwirken. Die chinesischen Gegenzölle sollen am 20. März 2025 in Kraft treten. Kanadisches Rapsöl, Rapsölkuchen und Erbsenimporte sollen mit einem hundertprozentigen Zoll belegt werden, wohingegen für Fischereierzeugnisse und Schweinefleisch ein Zusatzzoll von 25 Prozent verhängt wird.
– Xi Jinping hat eine Einladung zu einem für Mai 2025 geplanten Gipfeltreffen in Brüssel anlässlich des 50. Jahrestags der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und China abgelehnt. Stattdessen wird Ministerpräsident Li Qiang an den Gesprächen mit den Präsidenten des Europäischen Rates und der EU-Kommission teilnehmen.

3 Verkehrspolitik

– Die US-Regierung plant, Hafengebühren auf Schiffe mit chinesischem Bezug zu erheben. Das geht aus einem Entwurf für einen Präsidialerlass hervor. Die Gebühr soll für jedes

Schiff anfallen, das als Teil einer Flotte mit in China gebauten oder unter chinesischer Flagge fahrenden Schiffen operiert. Die Herkunft des Schiffes selbst soll dabei keine Rolle spielen. Der chinesische Schiffsbau ist ein ausgewiesener Wirtschaftszweig der Made-in-China-2025-Strategie, der von staatlichen Subventionen profitiert. Im Entwurf sollen US-Verbündete und Partner dazu aufgerufen werden, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Bei Unterlassung drohen Vergeltungsmaßnahmen der USA. Der Entwurf nennt keine Gebührenhöhe. Zuvor hatte bereits der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer Hafengebühren von bis zu 1 Million US-Dollar für chinesische Reedereien und bis zu 1,5 Millionen US-Dollar für Flotten mit chinesisch gebauten Schiffen vorgeschlagen.

– Der Verkauf der Häfen Balboa und Cristobal am Panamakanal durch den Hongkonger Industriellen Li Ka-shing an ein US-geführtes Konsortium unter Leitung von Blackrock hat scharfe Proteste Chinas ausgelöst. Die Transaktion umfasst 80 Prozent der Anteile an den 43 von Hutchinson betriebenen Häfen und 90 Prozent an der Panama Port Company, die seit über 20 Jahren die Häfen betreibt. Peking kritisiert, dass dies die Stabilität chinesischer Logistikketten gefährde, während die USA den Schritt als strategischen Erfolg betrachtet. Die Transaktion muss noch von der panamaischen Regierung bestätigt werden.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas
Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin
Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.